



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 18 / 21.02.2014

Liebe Leserinnen und Leser,

die Union wird dem Auftrag der Wähler gerecht werden. Diese erwarten von uns zuallererst, dass wir anstehende Probleme lösen und das Land weiter voranbringen. Sie haben uns nicht gewählt, damit wir uns in der Koalition über Wochen hinweg mit uns selbst beschäftigen. Jeder weiß es: Wir sind auf eine Koalition mit den Sozialdemokraten angewiesen. Ein solches Bündnis funktioniert aber nur, wenn unter den Partnern Vertrauen herrscht. Ein Bündnis lebt immer davon, dass man sich auf das Wort des anderen verlassen kann. Politische Entscheidungen kann man nur dann vorbereiten, wenn man weiß, dass Worte nicht nach außen dringen, die dort nichts zu suchen haben. Das Verhalten der Sozialdemokraten in der Affäre um ihren ehemaligen Abgeordneten Sebastian Edathy hat unser Vertrauen in die Sozialdemokraten stark beschädigt. Trotz der Bekundungen aus der SPD in dieser Woche wird es nicht leicht sein, das Vertrauen wieder aufzubauen. Das soll nicht alarmierend klingen. Man muss aber realistisch sein. Wenngleich die Sitzung des Innenausschusses am Mittwoch erste Erkenntnisse erbracht hat, werden in den nächsten Wochen noch einige Fragen zu klären sein. Eine große Koalition lebt, gerade weil sie so übermächtig erscheint, von der Integrität ihrer Spitzenpolitiker. Die Bürger müssen die Gewissheit haben, dass mit der Macht nicht leichtfertig umgegangen wird. Es gilt, Recht und Gesetz penibel einzuhalten. Schon der Verdacht, dass dies nicht geschehen sein könnte, kann zu viel sein. Die Union hat ihre Konsequenzen gezogen. Auch die SPD muss das Verhalten ihrer Spitzenleute hinterfragen.

Wer hat Sebastian Edathy gewarnt? Diese Frage muss der Rechtsstaat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln beantworten. Denn es wäre ungeheuerlich, wenn ein Abgeordneter, der ja eine besondere Stellung innehat, vielleicht gerade wegen dieser Position einen Tipp bekommt, sei es aus Kreisen der Ermittler oder von politischen Freunden. Die niedersächsische Justiz und die Innenbehörden haben in dem Ermittlungsverfahren bislang kein gutes Bild abgegeben. Sie haben erst spät mit den Ermittlungen begonnen – zu einem Zeitpunkt, als die Betroffenen schon längst vom Aufliegen des Kinderpornorings in Kanada wissen konnten. Der Kreis der Mitwisser war für ein so brisantes Verfahren überraschend groß. Edathys Bundestagsbüro wurde nicht durchsucht. Es stellen sich Fragen über Fragen.

Ihre

Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/ 227 -77217
Telefax: 030/ 227-76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de
www.facebook.com/widmann-mauz



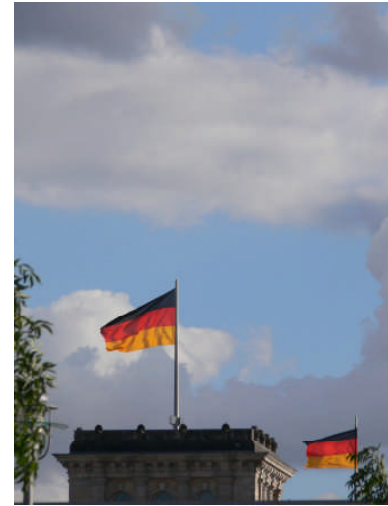


Aus dem Bundestag

Abgeordnetenbestechung neu geregelt

Der Straftatbestand der Bestechlichkeit und Bestechung von Abgeordneten wird zum 1. September 2014 neu gefasst. Der Bundestag verabschiedete am Freitag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD. Damit macht das Parlament nach langen Diskussionen den Weg für die Ratifizierung des UN-Abkommens gegen Korruption frei. Die gesetzliche Neuregelung dient nicht nur dem Ziel der Korruptionsbekämpfung, sondern sichert auch die Freiheit des Mandatsträgers.

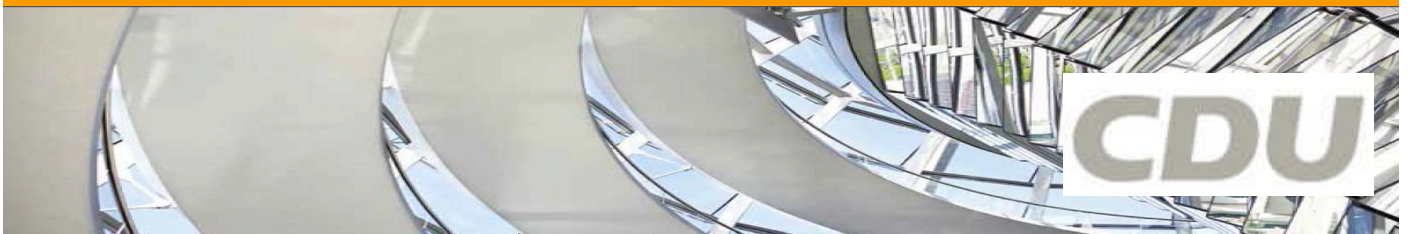
Ein Abgeordneter macht sich künftig strafbar, wenn er sich als käuflich erweist, indem er sich bei seiner parlamentarischen Tätigkeit den Aufträgen oder Weisungen eines Vorteilsgebers, also beispielsweise eines Lobbyisten, unterwirft. Der Anwendungsbereich umfasst Mandatsträger auf EU-, Bundes- und Landesebene ebenso wie Mitglieder von Volksvertretungen in den Kommunen.



(Foto: CDU Berlin, Dirk Reitze)

Ausdrücklich nicht strafbar ist ein Verhalten, wenn es im Einklang mit den jeweiligen Vorschriften über die Rechtstellung der Mandatsträger steht. Damit haben es die Volksvertretungen selbst in der Hand festzulegen, welche Verhaltensweisen erlaubt und welche verboten sind. Vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bleibt zudem Zeit, solche Regelungen auf den verschiedenen Ebenen zu schaffen oder anzupassen. So wird auch der Bundestag prüfen, ob die hier geltenden Verhaltensregeln klarer und praxisnäher gefasst werden können. In diesem Zusammenhang gehören auch Fragen des Immunitätsrechts auf den Prüfstand.

Zuständig für Fälle von Abgeordnetenbestechung sind künftig nur die Oberlandesgerichte und Generalstaatsanwaltschaften. Damit wird sicher gestellt, dass die Strafverfolgungsbehörden mit der notwendigen Expertise und Sensibilität auf Vorwürfe gegen Mandatsträger reagieren.





Aktuelles

Eine Generation nach der Wiedervereinigung

Fast eine Generation nach der Wiedervereinigung haben sich die Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern deutlich verbessert, insbesondere was den materiellen Wohlstand angeht. Das geht aus dem Jahresbericht Deutsche Einheit hervor, den der Bundestag am Freitag debattierte. Der Osten hat heute eine moderne Infrastruktur mit gut ausgebauten Verkehrswegen und hoch leistungsfähigen Energienetzen sowie ein dichtes Netz an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Der Angleichungsprozess an das Wirtschaftsniveau in Westdeutschland hat sich laut Bericht in den letzten Jahren allerdings deutlich verlangsamt.

Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen noch spürbare Unterschiede in der Wirtschaftskraft je Einwohner, den Löhnen und Gehältern. Gleiches gilt auch für das Steueraufkommen je Einwohner. Die Arbeitslosenquote liegt immer noch deutlich über dem Niveau Westdeutschlands. Sie ist aber selbst in der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter gesunken. Die Arbeitslosenquote hat seit 2005 von 18,7 Prozent stetig auf 10,7 Prozent abgenommen. Auch der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist erneut gestiegen, und zwar seit 2005 um 9,9 Prozent.

Die Haushaltskonsolidierung in den ostdeutschen Flächenländern ist in den vergangenen Jahren vorangeschritten. Seit 2011 erzielen die neuen Länder wieder Haushaltsüberschüsse. Hinsichtlich der Bildung junger Menschen zeichnet sich ein ambivalentes Bild in den neuen Ländern. Bei den Bildungsabschlüssen der 20- bis 24-Jährigen im Sekundarbereich II werden die ersten drei Plätze von ostdeutschen Ländern belegt. Zugleich liegen aber auch die drei Länder mit den meisten Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss in den ostdeutschen Ländern.

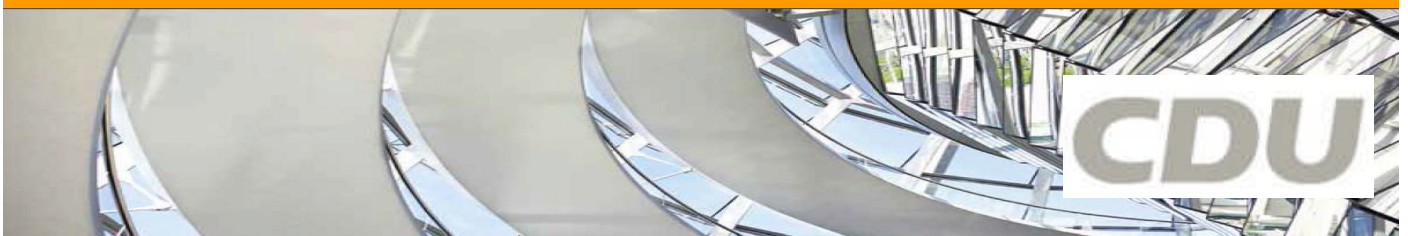
Deutschland hat mit seiner freiheitlich demokratischen Grundordnung ein Staatsystem, das demokratische und gesellschaftliche Teilhabe voraussetzt. Es ist daher von besonderer Bedeutung, die Bürger für eine Beteiligung am demokratischen Prozess zu gewinnen.

Eine wichtige Rolle im Sinne einer „Schule der Demokratie“ spielt hierbei das bürgerschaftliche Engagement in Vereinen und Verbänden, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Das bürgerschaftliche Engagement hat in beiden Landesteilen eine große Bedeutung. Insgesamt steigt der Anteil der ehrenamtlich aktiven Menschen kontinuierlich. Er ist aber in den östlichen Bundesländern noch niedriger als in den westdeutschen Bundesländern. Allerdings steigt auch hier die Wahrnehmung der eigenen Einflussmöglichkeiten. Anteilig engagieren sich immer mehr Menschen, indem sie regelmäßig bei Freunden oder Verwandten aushelfen.

Freiheit und Demokratie sind mit Blick auf die deutsche Geschichte und im internationalen Vergleich keine Selbstverständlichkeit. Die Aufarbeitung des SED-Unrechts bleibt auch fast 25 Jahre nach der Wiedervereinigung eine aktuelle gesellschaftspolitische Aufgabe.



(Foto: CDU Berlin Dirk Reitze)





Aus dem Bundestag

Ukrainische Regierung zu Gewaltverzicht aufgerufen

Angesichts der blutigen Ausschreitungen in der Ukraine hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch dringend zu einem Gewaltverzicht aufgerufen. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Andreas Schockenhoff, nannte es völlig inakzeptabel, wie die ukrainische Regierung ihre Sicherheits- und Geheimdienstkräfte „mit exzessiver Gewalt und größter Rücksichtslosigkeit“ gegen Demonstranten und Zivilbevölkerung vorgehen ließ. Anfang der Woche hatten die beiden ukrainischen Oppositionsführer Vitali Klitschko und Arseni Jazenjuk bei Bundeskanzlerin Angela Merkel und Andreas Schockenhoff in Berlin um Unterstützung geworben.



(Foto: Tobias Koch
Andreas Schockenhoff mit Vitali Klitschko und Arseni Jazenjuk)

Bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen in Kiew kamen seit Dienstag zahllose Menschen ums Leben, Tausende wurden verletzt. Eine zwischen Regierung und Opposition vereinbarte Waffenruhe wurde nicht eingehalten. In einer kurzfristig anberaumten Debatte beschäftigte sich auch der Bundestag mit der Eskalation. Bundestagspräsident Norbert Lammert rief die

ukrainische Regierung auf, sich schnellstmöglich wieder mit der Opposition an den Verhandlungstisch zu setzen. Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder, erklärte, Gewalt behindere den politischen Prozess und erhöhe die Gefahr einer Spaltung des Landes. Schockenhoff forderte neben einem anhaltenden Waffenstillstand die Bildung einer nationalen Übergangsregierung und die Rückkehr zu der alten Verfassung von 2004 mit echten Parlamentsrechten.

Die Außenminister der Europäischen Union beschlossen auf einer Krisensitzung am Donnerstag in Brüssel Sanktionen gegen die Verantwortlichen für die Eskalation. Die Führungsspitze um Präsident Viktor Janukowitsch wurde mit Einreiseverboten und Kontosperrungen belegt. Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens schlugen auf einer spontanen Vermittlungsmission in Kiew am Donnerstag einen Fahrplan für eine politische Lösung vor.

Merkel warnte Janukowitsch in einem Telefonat davor, auf Zeit zu spielen. Die vereinbarte Waffenruhe müsse unverzüglich umgesetzt werden. Die Kanzlerin mahnte, dass ein demokratischer Ausweg aus der seit Monaten anhaltenden Krise gefunden werden müsse. Die Proteste begannen bereits Ende vergangenen Jahres, nachdem Präsident Janukowitsch seine Unterschrift unter ein zuvor ausgehandeltes Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union verweigert hatte. In diesem Zusammenhang wies Schockenhoff der russischen Regierung eine erhebliche Mitverantwortung zu. Sie habe mit wirtschaftlichen Drohungen die Unterschrift des ukrainischen Präsidenten unter das Assoziierungsabkommen unterbunden.





Aus dem Bundestag

Und sie setze mit weiteren Geldzahlungen an Kiew falsche Anreize, die die Ukraine nur tiefer ins politische Chaos und den wirtschaftlichen Bankrott stürzten. Schockenhoff rief die Regierung in Moskau dazu auf, ihren Teil dazu beizutragen, die Situation zu de-eskalieren. So müsse sie den ukrainischen Präsidenten unmissverständlich dazu drängen, eine politische Übergangslösung zu ermöglichen, statt ihn in seiner starrsinnigen Haltung zu ermutigen.

Jazenjuk bekräftigte nach den beiden Treffen mit Merkel und mit Schockenhoff am Montag, es gehe um Freiheitsrechte für die Bürger und eine proeuropäische Regierung. Schockenhoff sagte im Bundestag: „Die Menschen wollen in einem Rechtsstaat mit freien und fairen Wahlen, mit unabhängigen Gerichten, mit Meinungsfreiheit und unabhängigen Medien leben.“ Sie seien auch nicht länger bereit, die Selbstbereicherung und Korruption der Machthaber hinzunehmen.

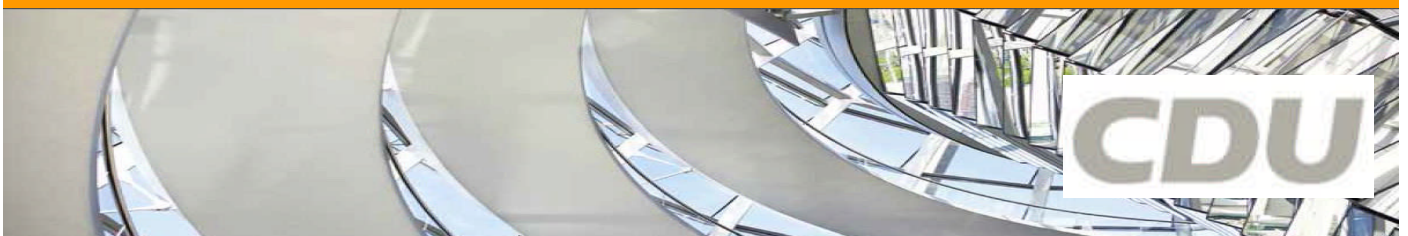


(Foto: Julia Nowak)

Bedenken gegen Gen-Pflanzen ernst nehmen

Die große Koalition nimmt die Bedenken von Landwirten und Verbrauchern gegen gentechnisch veränderte Pflanzen sehr ernst. In einer aktuellen Stunde des Bundestages zur Zulassung der Gen-Maissorte 1507 in Europa sprach sich die Parlamentarische Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium, Maria Flachsbarth, für eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel aus. Flachsbarth erläuterte, warum sich die Bundesregierung bei der Abstimmung im EU-Ministerrat enthalten hat. Die Parlamentarische Staatssekretärin verwies darauf, dass die jetzige Regierung – wie auch schon Regierungen zuvor – keine einheitliche Auffassung zum Anbau von Genpflanzen vertritt. Die Enthaltung der Bundesregierung in Brüssel habe aber nichts daran geändert, dass eine Mehrheit im EU-Rat gegen die Zulassung der Maissorte ohnehin nicht zustande gekommen wäre. Somit kann die EU-Kommission die Genehmigung nun vorantreiben. Flachsbarth machte zugleich deutlich, dass in Deutschland strenge Haftungsregeln gelten, die die Bauern vor einem Anbau vermutlich zurückschrecken lassen.

Gleichwohl verwies Flachsbarth darauf, dass die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die Gen-Maissorte 1507 der US-Firma Pioneer sechs mal getestet und für unbedenklich befunden habe. Der CDU-Abgeordnete Kees de Vries warnte davor, dass Europa sich komplett aus der grünen Gentechnik verabschiede und allein Wissenschaftlern in anderen Ländern das Forschungsfeld überlasse. Neben den Risiken müssten auch die Chancen gesehen werden. Der CSU-Abgeordnete Artur Auernhammer gab zu bedenken, dass es für Bauern keinen Sinn mache, etwas anzubauen, das über 80 Prozent der Verbraucher nicht kaufen wollten.





Aktuelles

Annette Widmann Mauz MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit beim 31. Deutschen Krebskongress (DKK) in Berlin

Am 19. Februar 2014 eröffnete Annette Widmann Mauz MdB den 31. Deutschen Krebskongress in Berlin. Hier Auszüge aus Ihrer Rede:

„Krebs ist nicht nur für Sie – als Fachleute – allgegenwärtig. Allein 2010 sind 477.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger neu an Krebs erkrankt. 218.000 Menschen starben an den Folgen ihrer Krebserkrankung. In Deutschland müssen gut 1,4 Mio. Menschen mit ihrer schwerwiegenden Erkrankung körperlich und seelisch im Alltag zurechtkommen.

Hinzu kommen die erheblichen Belastungen für unsere Krankenversicherungssysteme im zweistelligen Milliardenbereich (ca. 15,5 Mrd. in 2008). Die bedrückende Anzahl an Betroffenen zeigen, wir alle sind weiterhin in der Pflicht, uns in der Krebsbekämpfung zu engagieren.



(Foto Maik Schuck
Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB mit
Karsten Möring MdB und Prof. Dr. Hallek, Präsident des Deutschen
Krebskongresses 2014)

Der Kongress steht in diesem Jahr unter dem Motto: „Intelligente Konzepte in der Onkologie (iKon)“. Dieses Motto trifft den Nagel auf den Kopf. Der Wille allein, Krebs zu bekämpfen, reicht nicht – wir brauchen schlagkräftige Konzepte und deren effektive Umsetzung. Angesichts unserer älter werdenden Gesellschaft und den hierdurch weiter steigenden Krebserkrankungszahlen wird der Bedarf an solchen intelligenten Konzepten immer dringlicher.

Der Nationale Krebsplan, der in 2008 gemeinsam von Bundesministerium für Gesundheit, Deutscher Krebsgesellschaft, Deutscher Krebshilfe und der Arbeitsgemeinschaft deutscher Tumorzentren initiiert wurde, bietet eine ideale Plattform für neue Konzepte der Krebsbekämpfung. So können heute alle am Krebsplan Beteiligten mit Fug und Recht sagen, dass wir Großes bewegt haben.

Mit diesem Gesetz haben wir zweierlei erreicht:

Erstens schafft das Gesetz die rechtlichen Grundlagen, um die bestehende Früherkennung von Darmkrebs und Gebärmutterhalskrebs in organisierte und qualitätsgesicherte Programme zu überführen.

Zweitens schafft das Gesetz die Voraussetzungen für den flächendeckenden Auf- und Ausbau klinischer Krebsregister, um die Qualität der Krebsbehandlung nachhaltig zu verbessern.

(Fortsetzung nächste Seite)





Aktuelles

Annette Widmann Mauz MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit beim 31. Deutschen Krebskongresses (DKK) in Berlin

Das Bundesgesundheitsministerium hat mit seinem Förderschwerpunkt im Nationalen Krebsplan noch mehr getan:

Verschiedene Forschungsprojekte aus den Bereichen

- Krebsfrüherkennung,
- Psychoonkologie und
- Patientenorientierung

werden zu neuen Konzepten der onkologischen Versorgung beitragen können. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse, die wir im kommenden Jahr erwarten.

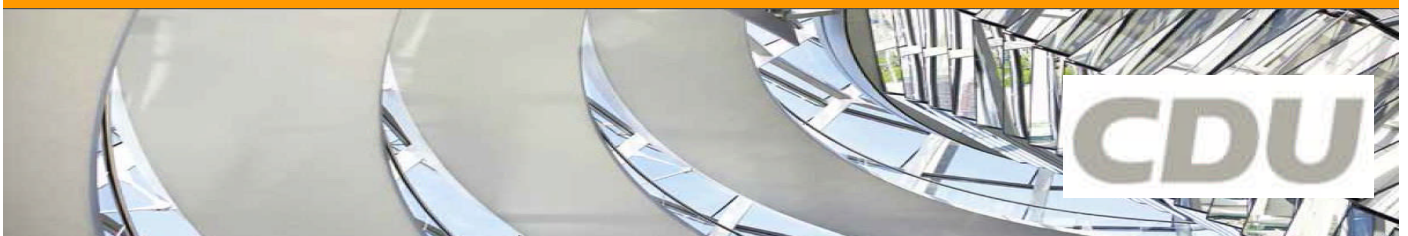
Auch wird diese Regierung nicht locker lassen, ein Präventionsgesetz auf den Weg zu bringen. Der kürzlich veröffentlichte Krebs-Bericht der WHO zeigt, dass weltweit die Zahl der Krebserkrankungen drastisch steigt. Hauptgrund hierfür ist neben dem Anstieg der Lebenserwartung der globale Vormarsch einer ungesunden Lebensweise. Wir alle wissen, dass Rauchen, Alkohol, Fehlernährung sowie Bewegungsmangel und daraus resultierendes Übergewicht das Auftreten vieler Volkskrankheiten – so auch mancher Krebsart – begünstigt. Deshalb werden wir ein Gesetz vorlegen, mit dem wir der Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung von Krankheiten den notwendigen Stellenwert einräumen.

Jede Krebserkrankung steht für ein Schicksal, einen Menschen, der mit der Diagnose "Krebs" aus seinem Alltag gerissen wird. Dieser Mensch tritt in eine medizinische Welt ein, die ihm bis dahin fremd war. Für diese Menschen brauchen wir ein qualitativ hochwertiges, zugleich bezahlbares, aber auch menschliches Gesundheitssystem. Der Schlüssel, um unser gutes Gesundheitssystem noch besser zu machen, sind intelligente, umsetzungsreife Konzepte. Wir alle sind gefordert.“

(Auszug aus der Rede)



(Foto: Maik Schuck)





Aus dem Wahlkreis

Sachsen trifft Schwaben – Generalsekretär der CDU Sachsen Michael Kretschmer MdB spricht am Aschermittwoch in Mössingen

Die Tübinger Wahlkreisabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB, der CDU Kreisverband Tübingen und die CDU Mössingen präsentieren für den diesjährigen Polit-Kehraus ein aufstrebendes Polittalent aus dem Spitzenteam der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen zum

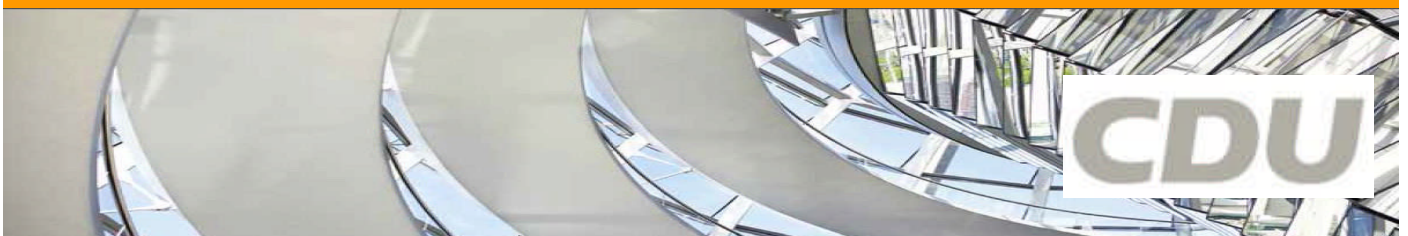
**traditionellen
Politischen Aschermittwoch**
mit
Michael Kretschmer MdB
Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Generalsekretär der CDU Sachsen
am
Mittwoch, 05. März 2014
19.30 Uhr (Einlass 19.00 Uhr)
in
Mössingen
Restaurant „Lamm“
(Lange Straße 1, 72116 Mössingen)

„Als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht Michael Kretschmer für frischen Wind in der Parlamentsarbeit. Im Auftrag der Bundeskanzlerin übernahm er in den Koalitionsverhandlungen den Vorsitz der CDU/CSU-Delegation für die Bereiche Kultur und Medien. Selbstbewusst und souverän setzte er gegenüber dem Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit wesentliche Unionsinhalte zu Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Schutz des geistigen Eigentums durch“, berichtet Widmann-Mauz MdB über den 39-jährigen Görlitzer, der auch die sächsischen CDU-Abgeordneten im Deutschen Bundes-

tag anführt.

Dass Kretschmer auch Wahlkampf kann, beweist er als Generalsekretär der CDU Sachsen mit Originalität und Schlagfertigkeit. Gemeinsam mit dem Sächsischen Ministerpräsidenten und Spitzenkandidat Stanislaw Tillich bildet er das kraftvolle Zukunftsteam für die Sächsische Landtagswahl im August 2014.

Widmann-Mauz MdB: „Ich freue mich sehr, in diesem Jahr einen Kollegen der jungen Generation in der Union im Steinlachtal begrüßen zu dürfen. Seit der Wiedervereinigung verbindet Baden-Württemberg und Sachsen eine enge Verwaltungskooperation und viele lebendige Städtepartnerschaften. Im Kommunalwahljahr 2014 wollen wir mit Michael Kretschmer an dieser Erfolgsgeschichte anknüpfen“. Zum runden Festabend in Mössingen werden dabei wie immer auch musikalische und kulinarische Schmankerl aus der Region geboten.





Daten & Fakten

Mehr Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe

Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 50 und mehr Beschäftigten hatten Ende 2013 insgesamt 5,3 Millionen Personen in Lohn und Brot. Das waren 0,7 % mehr als ein Jahr zuvor – oder um es greifbarer auszudrücken: 39.000 Menschen fanden hier eine neue Anstellung. Am stärksten stiegen die Beschäftigtenzahlen in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+2,1 %) und in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+1,4 %). Verringert hat sich hingegen die Zahl der Beschäftigten in der Metallherzeugung und -bearbeitung (-0,9 %) sowie in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (-0,7 %).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutschlandtourismus erreicht Rekordwert

Mit 410,8 Millionen Übernachtungen von in- und ausländischen Gästen in deutschen Beherbergungsbetrieben wurde 2013 ein neuer Rekordwert erreicht. Die Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1 %. Während die Zahl von Übernachtungen inländischer Gäste nahezu konstant bei 339,2 Millionen lag, stieg die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland um 4 % auf 71,6 Millionen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



Daten & Fakten

Zunehmende Akademisierung verändert den Arbeitsmarkt

2009 gab es erstmals mehr Studierende als Auszubildende, nämlich 2,13 Millionen Studierende gegenüber 2,11 Millionen Azubis. In den Jahren zuvor war die Zahl der Auszubildenden stets höher als die der Studierenden. Seit 2009 hat sich das Verhältnis umgekehrt, die Differenz wächst seitdem zunehmend. Die zunehmende Akademisierung verändert den Arbeitsmarkt nachhaltig. Eine Folge ist zum Beispiel, dass immer mehr Studiengänge ehemalige Ausbildungsberufe ersetzen, wie etwa im Bereich der Pflege. Die zunehmende Qualifizierung führt auch dazu, dass Arbeitgeber vermehrt Hochqualifizierte einstellen und die Suche nach einem Arbeitsplatz für Fachkräfte mit einem geringeren Bildungsabschluss erschwert wird. Auch wenn ein akademischer Abschluss noch keine Garantie für ein hohes Einkommen ist, so bleibt Bildung doch der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit.

(Quelle: Zeit online)

Besuchen Sie mich jetzt

auch auf Facebook

**[www.facebook.com/
widmannmauz](http://www.facebook.com/widmannmauz)**

